**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16201**

28.10.2025

# Antrag

**der Fraktion der SPD**

**Eine andere Kita-Politik ist möglich – Qualität in der frühkindlichen Bildung stärken statt abbauen.**

## I. Ausganglage

Nach Kabinettsbeschluss hat die Landesregierung ihr bisher unterverschlussgehaltenes Eckpunktepapier zur KiBiz-Revision veröffentlicht. Ein Reformstart ist damit „frühestens zum 1.8.2027“ angekündigt, wichtige Weichenstellungen würden also in die nächste Legislaturperiode verschoben. Wie inhaltlich umstritten die Forderungen des Papiers sind, zeigte sich bereits, als erste Vorentwürfe bekannt wurden. „Akteure der Kitalandschaft ahnen Übles. „Das gesamte Papier liest sich wie ein Sparprogramm“, analysierte Marcus Bracht, Vize-Landeschef des Deutschen Kitaverbands. „Man braucht weniger Personal, es können mehr günstigere Kräfte eingesetzt werden, und die Qualität sinkt. Wenn das mal eine Stunde am Tag betrifft, geht es. Wenn es um drei oder vier Stunden geht, ist das ein Problem. Und wenn man gleichzeitig sagt, die frühkindliche Bildung ist uns besonders wichtig, ist das eine Mogelpackung.“[1]

Auch nach Veröffentlichung des Eckpunktepapiers reißt die Kritik nicht ab. Sie orientiert sich in erster Linie an dem geplanten Abbau an Qualitätsstandards in Form eines Kern- und Randzeitenmodells mit unterschiedlichen Personalschlüsseln, einer weiteren Aufblähung von Kita-Gruppen und der nach wie vor unzureichenden Finanzierung, die zu weiterem Personalabbau zwingen wird.

Die GEW kritisiert den Vorschlag scharf: „Der KiBiz-Entwurf führt in die falsche Richtung. Die geplante Trennung zwischen „25 Stunden Bildung“ und „Betreuung“ entspricht nicht den realen Bedürfnissen von Kindern, Familien und Einrichtungen. Frühkindliche Bildung funktioniert nicht im Stundentakt, sondern in einem ganzheitlichen pädagogischen Ansatz.

Statt die Qualität in Kitas zu verbessern und den Fachkräftemangel ernsthaft zu bekämpfen, droht mit diesem Entwurf eine weitere Entwertung pädagogischer Arbeit. Bereits die Änderungen der Personalverordnung im vergangenen Jahr haben zu einer Absenkung professioneller Standards geführt - die neuen Vorschläge verstärken diese Tendenz.“[2]

In eine ähnliche Richtung geht die Kritik des Landeselternbeirats: „Aus Sicht der Familien braucht es zumindest eine Kernzeit von 35 Wochenstunden, um Bildung und Förderung nicht maßgeblich einzuschränken“ heißt es in der aktuellen Stellungnahme. Außerdem kommt von

[1] https://rp-online.de/nrw/landespolitik/kita-landschaft-in-nrw-das-steht-im-eckpunktepapier-zur-zukunft-der-kindertagesstaetten_aid-134585935 (zuletzt aufgerufen 5.10.2025)
[2] https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/reform-mit-rueckschritten-statt-fortschritten

Datum des Originals: 28.10.2025/Ausgegeben: 30.10.2025

dort der Hinweis, dass das Thema Inklusion scheinbar bisher nicht bearbeitet wurde: Mit der geplanten Weiterentwicklung aller Kitas in NRW hin zu inklusiven Einrichtungen mit bedarfsgerechten Gruppen für Kinder mit erhöhten Förder- und Teilhabebedarfen müssten diese Bedarfe bereits heute mitgedacht werden. Hier müssen im Rahmen einer KiBiz-Reform bereits jetzt die Weichen gestellt werden, um eine institutionelle Überforderung zu vermeiden.“[3]

In einer Pressemitteilung der AG 78 in Bielfeld heißt es deutlich: „Trennung von Rand- und Kernzeiten greift zu kurz. In der Praxis sind Randzeiten kein bloßer „Puffer“; sie sind zentrale Phasen des Kita-Alltags. In diesen Zeiten pflegen Mitarbeitende intensiven Kontakt zu Eltern und bauen den Kindern pädagogisch durchdachte Brücken in Übergangssituationen. Wenn in der Annahme, die „Randzeiten“ können auch durch Ergänzungskräfte bzw. Nicht-Fachkräfte abgedeckt werden, wird dies nicht zu Entlastungen führen, sondern zu einer Unterwanderung des Fachkräftegebotes auf Kosten der Kinder. Kita ist ein Bildungsort und keine „Verwahranstalt“!“[4]

Bisher fehlt in diesem Papier die Sicht der Kinder, Eltern und Beschäftigten. Dies muss dringend im Sinne der berufstätigen Familien und vor allem der Kinder geändert werden.

Auch die Reaktionen des kleinen Kreises, der an der Erarbeitung des Papiers Beteiligten, fällt zurückhaltend aus. Die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Seite zeigen in ihren Gremienbeschlüssen zum Eckpunktepapier deutliche Kritik und Leerstellen auf. Der Städtetag zeigt deutlich die finanzielle Schwäche des Eckpunktepapiers auf:

„Der Vorstand erkennt an, dass das Land angesichts der demografischen Herausforderungen mit Blick auf die Geburtenentwicklung sowie des Arbeitsmarktes nunmehr eine erste Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) angeht. Hierbei ist sicherzustellen, dass sich die Qualität der frühkindlichen Bildung für die Kinder, die Sicherheit in der Betreuung für die Eltern sowie die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten wieder verbessern. Die im Eckpunktepapier des Weiteren vorgesehenen finanziellen Verbesserungen sind allerdings nicht ansatzweise ausreichend, um die kommunalen Haushalte im Bereich der Kindertagesbetreuung signifikant zu entlasten. […] Der Vorstand erwartet von der Landesregierung, wie in Aussicht gestellt, dass kurzfristig Gespräche aufgenommen werden mit dem Ziel, in einem zweiten Reformschritt die haushalterische Belastung strukturell grundsätzlich zu reformieren und damit deutlich zu senken.“[5]

Exemplarische Aussagen der LAG der Freien Wohlfahrt, die sich zwar bereit erklärt hat, den Prozess weiter zu begleiten, gleichzeitig wesentlichen Punkten eine inhaltliche Absage erteilt hat, zeigen ebenfalls deutlich die Probleme auf. So warnt die LAG FW ausdrücklich vor einer weiteren Anhebung der Gruppengrößen: „Eine Flexibilisierung der Gruppengrößen wird vom Land mit einer weiteren möglichen Erhöhung der Kinderzahlen verknüpft. Dieses Vorgehen würde zu einer weiteren Standardabsenkung, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren und Kinder mit Förderbedarfen sowie für die Mitarbeitenden zu deutlichen Mehrbelastungen führen.“[6] Einem zentralen Gedanken, dass sich Zeiten in der Kita in Bildungs- und Betreuungszeiten trennen ließen, tritt die Freie Wohlfahrt ebenso entgegen: „Grundsätzlich ist anzumerken, dass jede Zeit in der Kita Bildungszeit ist. Eine Trennung von Bildungs- und Betreuungszeit ist nicht

[3] https://cloud.lebnrw.de/s/oPgoSrJKpS593aC?dir=/&editing=false&openfile=true (zuletzt aufgerufen 5.10.2025)
[4] https://diefalken-bielefeld.de/2025/10/02/traeger-rueckmeldung-zum-eckpunktepapier-kibiz-nrw/ (zuletzt aufgerufen 5.10.2025)
[5] https://www.staedtetag-nrw.de/positionen/beschluesse/2025/357-eckpunktepapier-reform-kibiz (zuletzt aufgerufen 22.10.2025)
[6] https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/fileadmin/user_data/2025/Positionen/2025-10-07_Positionierung_zu_Vereinbarungsvorschlag_zur_Kibiz-Novellierung.pdf

möglich. Dies wird auch im Bildungsverständnis, welches in den Bildungsgrundsätzen des Landes NRW und unter §22 (3) SGB VIII verankert ist, deutlich. Fachkräfte werden neben Ergänzungskräften, profilrelevanten und sonstigen Kräften in multiprofessionellen Teams während der gesamten Öffnungszeit benötigt.“[7]

Die Alternative zu Deprofessionalisierung und Qualitätsabbau heißt: Ausbildungszahlen steigern, Träger fördern, Fachkräfte unterstützen! Dass eine andere Kita-Politik möglich ist, zeigt der Blick in die Kommunen. Familienfreundliche Kommunen versuchen schon jetzt einen sinnvollen Ausweg aus der strukturellen Misere in den Kitas zu finden. So hat die Stadt Velbert einen Vertretungspool aufgebaut, Dormagen hat ein Modellprojekt mit kleineren Kita-Gruppen gestartet, Hamm verfügt über eine strategische Bedarfsplanung und schafft durch 56 neue Kita-Gruppen schrittweise sämtliche Überbelegungsplätze ab. Mönchengladbach hat seit 2019 700 neue Fachkräfte gewonnen und einen starke Sozialraumorientierung. Detmold hat die Trägeranteile übernommen, um für eine gute personelle Ausstattung der Kitas zu sorgen und hat Essen in Anlehnung an die DGE-Standards eingeführt. Diese Ideen gilt es zu bündeln und als good-practice-Beispiele auf das gesamte Land auszuweiten.

## II. Feststellungen

Der Landtag stellt fest:

- Die Landesregierung will mit dem Verschieben des Starts einer KiBiz-Reform in die nächste Wahlperiode erneut ein Versprechen brechen.

- Die Einführung von bildungsorientierten Kernzeiten und betreuungsorientierten Randzeiten verkennt, dass Frühkindliche Bildung alltagsintegriert funktioniert und nicht nach Lehrplan. Wer den Kita-Alltag in Bildungs- und Betreuungszeiten der Kinder aufteilen will, missversteht dies völlig.

- Die Bertelmann-Stiftung hat aufgezeigt, dass die Quote der Fachkräfte in den Kitas in NRW gegenüber 2017 deutlich zurückgegangen ist. Diese Entwicklung darf nicht weiterbefördert werden.

- Wenn in so genannten Randzeiten die Träger eigenständig den Betreuungsschlüssel und die Qualifikation des eingesetzten Personals festlegen dürfen, führt dies zu einem Flickenteppich der Kita-Qualität, der sich an der Kassenlage von Kita-Trägern und Kommunen und nicht an dem Bedarf der Kinder orientieren wird. So wird die Ungleichheit in der Gesellschaft vertieft.

## III. Forderungsteil

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Einführung eines Kern- und Randzeitenmodells, das lediglich 25 Stunden wöchentlich verpflichtend die bisherigen Qualitätsstandards vorsieht, zu verwerfen und auf frühkindliche Bildung und Qualität zu setzen.

- den Mehrwert kleinerer Gruppen für die Förderung und Forderung der Kinder anzuerkennen und eine weitere Erhöhung der maximal möglichen Gruppengrößen als Vorschlag zurückzuziehen.

[7] [ebd.]

- kommunale good-practice Beispiele in das KiBiz aufzunehmen und förderfähig zu machen, die für Qualitätssteigerung und Fachkräfteentlastung sorgen.

- Fachkräfte zu entlasten, indem Kürzungen beim Kita-Helfer-Programm zurückgenommen und darüber hinaus weitere Unterstützungskräfte beispielsweise im Bereich der Verwaltung ermöglicht werden.

- unverzüglich für mehr Anreize in der Ausbildung von Fachkräften zu sorgen: In einem ersten Schritt müssen die knapp 4.000 unbesetzten Ausbildungsplätze im Erziehungsbereich besetzt werden. Die Ausbildung aller Fachkräfte muss angemessen vergütet werden. Für die vollzeitschulische Ausbildung wird eine Anreizfinanzierung benötigt. Zur Entlastung der Träger sind unter anderem die Rückflüsse aus den Flexibilisierungsmitteln einzusetzen.

- unverzüglich einen Referentenentwurf für eine erste Stufe der KiBiz-Revision vorzulegen, der eine finanzielle Stabilisierung des KiBiz-Systems, eine Erhöhung der Förderung der praxisintegrierten Erzieherausbildung sowie eine ungekürzte Förderung von Kita-Helfern vorsieht, deren Start noch in dieser Legislaturperiode, spätestens zum 01.08.2026 erfolgt.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion